

Standpunkt

Zugegeben, die Redaktion des „Gänsefuß“ mutet den möglicherweise Betroffenen in politischer Verantwortung viel zu, sollten sie denn arglos ein. Wären sie es nicht, hätten sie es verdient.

Kritikwürdig ist, und da bin ich mir der Zustimmung der Kommunalaufsicht bei der ADD und anderer höherer Behörden sicher, daß die Bevölkerung mit unsachgemäßer und unvollständiger Information veralbert und damit auch verunsichert wurde. Solche wichtigen Projekte lassen sich nur mit schonungsloser Offenheit erfolgreich umsetzen. Für taktische Spielereien ist hier kein Platz. Das sind Vorwürfe insbesondere an den Ortsbürgermeister und insbesondere an den Verbandsbürgermeister, der in seiner Funktion an den Konferenzen der Vergangeneheit in den Verwaltungungsverfahren teilgenommen hat. Spekulation ist, daß er im Hintergrund auch in Gespräche mit dem Betreiberunternehmen involviert ist. Wäre dies nicht der Fall, müßte ich die Professionalität des Betreibers in Frage stellen und die des Verbandsbürgermeisters ebenso. Wenn nach dem Motto gehandelt würde: „die Zeit zum Handeln zu verpassen, nennt man die Dinge sich entwickeln lassen“, dann hätten wir wahrlich eine andere und bessere Verwaltungsspitze verdient.

Raus aus den Katakomben, Herr Poß; informieren Sie uns, was läuft. Welche

Anregungen aus der Bevölkerung sind Sie bereit aufzunehmen?

Der Redakteur hat sich als betroffener Bürger in Steinweiler die Freiheit genommen, das unwürdige Vorgehen anläßlicher der Gemeinderatssitzung am 28. 1. 2010 bei der Kommunalaufsicht der ADD in Trier zur Kenntnis zu bringen.

Darüberhinaus hat er der SGD in Neustadt, die federführend in dem vereinfachten Verfahren zur raumordnerischen Prüfung ist, mitgeteilt, daß er formell anzeigt, daß in diesem Verfahren gesetzliche Beteiligungsrechte mißachtet wurden.

Über den Ausgang dieser Beschwerden werden wir berichten.

Der „Gänsefuß“ bekräftigt nochmals, ohne die Beteiligung der Politik auf höherer Ebene werden wir untergebuttert. Die Landespolitiker und insbesondere der sich gern so sehende Landesvater sind aufgerufen, in die öffentliche Diskussion einzugreifen. Von ihnen erwarten wir Unterstützung bei der Durchsetzung nicht verhandelbarer Positionen des Eigentumsschutzes und der Erhaltung der Lebensqualität in diesem Ort. Dafür haben wir alle unser Geld hergegeben, und wir wollen das nicht auf dem Altar finanzieller Erwartungen eines Großkonzerns geopfert sehen.

Fastnacht ist vorbei, Herr Beck, jetzt können Sie hierher kommen. Narrhallamarsch!

Was läuft da eigentlich?

Zugegeben, bis vor etwa 4 Wochen war mir das schnurzipiegal; Steinweiler hatte ich mir als Wohn- und Schlafort auserwählt und wollte mir einen geruh-samen Ruhestand gönnen.

Elektrisiert wurde ich erst anläßlich der Bürgerversammlung zum Thema Geothermie und die anschließende Behandlung der Sache im Gemeinderat.

Da habe ich mir die Frage gestellt, was passiert eigentlich hier im Ort auf politischer Ebene. Es gab nach der letzten Kommunalwahl eine sicherlich überraschende Variante; die CDU stellte den Beigeordneten. Das ist wahrscheinlich so eine Art Koalition auf Ortsebene. Die beiden größten Fraktionen haben sich zu einer wie auch immer gearteten Zusammenarbeit vereinbart.

Solche großen Koalitionen strebt man normalerweise nur an, wenn eine „Notfallsituation“ vorliegt und der Lösungsweg dornenreich und schmerzhaft für die Bevölkerung ist.

Aus der Sicht der Zeit von Juni bis Sept. 2009 war diese absolute Notsituation für den Steinweilerer Bürger nicht zu erkennen. Was hat denn im Hintergrund dazu geführt, daß die SPD als größte Fraktion ihren langjährigen Partner FWG düpierte und der CDU den Beigeordneten antrug? Welche Strategie stand hier dahinter? Warum verzichtete die CDU auf die

Rolle einer starken Opposition und die eigene Profilgewinnung im Hinblick auf die nächsten Kommunalwahlen?

Das geplante Interview des „Gänsefuß“ mit der CDU-Führung im Ort ist wegen einer Verweigerungshaltung der CDU noch nicht geführt worden. Mal sehen, ob man dort noch etwas klüger wird.

Für eine Verweigerungshaltung zur Aussage über die eigene Rolle in der Ortspolitik muß es gewichtige Gründe geben, die über die Abneigung zum Interviewpartner hinausgehen.

Es wird bestimmten Leuten einfallen, die nachfolgenden Ausführungen in den Bereich der Fabel, der Fastnachtsscherze oder der reinen Spekulation zu abzuschieben; bis zum Beweis des Gegenteils bleibe ich bei meiner Spekulation. Da läuft etwas im Hintergrund, was bis heute verschwiegen werden muß. Was kann das sein?

Jede Spekulation, die sich als nichtzutreffend erweist, könnte aber auch eine Vision von Möglichkeiten offenbaren. Sofern ich also spekuliert haben sollte, könnte ich gleichzeitig eine Vision vermitteln, die überdenkenswert ist.

Auffällig ist, daß sowohl Ortsbürgermeister Forstner und Bürgermeister Poß in der Angelegenheit Geothermie stumm sind wie die Fische. Das macht man so, wenn im Hintergrund vertraulich Gespräche geführt werden. Ob der Koalitionspartner in den Inhalt der Gespräche eingeweiht ist, bleibt fraglich. Man kann

sich bei diesen Partner offensichtlich sicher sein, daß er nicht allzuviel hinterfragt. War das die Strategie der SPD? Dann ist diese Strategie bis heute voll aufgegangen. Und das wiederum wirft ein erhellendes Licht auf den Koalitionspartner.

War das Angebot unmoralisch? Hat man es nicht ablehnen können? Oder ist man ganz einfach nur einem Werben erlegen, dessen Hintergrund man nicht erfaßt hat? Wurde man Opfer der eigenen Eitelkeit, die vom Brautwerber richtig eingeschätzt wurde?

Der Vollzug der Partnerschaft steht allerdings noch bevor; wir müssen aber nicht abwarten, bis die Koalitionspartnerin defloriert wurde. Und einen Kranzgeldanspruch wird sie eh nicht haben. Im Moment sind wir erst beim Vorspiel, da kann man sich noch rauswinden, es sei denn, es gefällt.

Cui bono – oder wer wird Aufsichtsrat in einer Projektgesellschaft oder mehr?

Spekulation oder Vision, egal! Man stelle sich vor, der Betreiber des Geothermieprojektes habe ein Gemeinschaftsunternehmen mit der Gemeinde oder Verbandsgemeinde in den Raum gestellt oder eine irgendwie sonst gear-tete Beteiligung. Das halten Sie nicht für möglich?

Wir hören im Moment von **EVONIK** überhaupt nichts mehr. Der Leser möge nun nicht glauben, daß dann auch nichts passiert. Die Mitarbeiter in sol-

chen Konzernen arbeiten jeden Tag zielgerichtet. Und wenn das Ziel heißt, den Standort Steinweiler zu sichern, dann wird von einem Stab von Mitarbeitern jeden Tag daran gearbeitet.

Da werden Kontakte geschlossen, da wird mit Behörden verhandelt, da wird jeder mögliche Stolperstein einzeln in die Hand genommen und es werden Problemlösungsstrategien entwickelt und umgesetzt. Das tut man nicht öffentlich, sondern auf vertraulicher Basis mit den dafür zuständigen Ansprechpartnern bei den Behörden; und natürlich auch bei den politischen Mandats-trägern.

Und just Steinweiler sollte von solchen Arbeitsstrategien der Industrie verschont geblieben sein? Wir leben nicht in Wolkenkuckucksheim, wir leben in einer Welt der Finanzbestimmtheit jeglichen Handelns. Das ist Realität, mögen auch noch so viele Gutmenschen aufstehen und eine Neuorientierung fordern. Die Zeit der Blauäugigkeit ist vorbei, auch hier auf dem Lande, wo die Welt noch weitestgehend in Ordnung schien.

Wir sind nicht mehr Wohn- und Schlafort, wird sind im Mittelpunkt gewichtiger finanzieller Interessen. Aufwachen, Leute! Die Zukunft hat uns erreicht.

Zurück zum Thema! Cui bono? Wer hat etwas davon? Daß dieses Projekt für den Betreiber höchstprofitabel ist, hat der „Gänsefuß“ bereits in einer früheren Ausgabe dargestellt.

Was passiert, wenn die Aussicht auf ein

höchstlukratives Geschäft durch kleibürgerliche Strukturen im Umfeld getrübt wird. Man holt diese Kleinbürger in das Boot (und versucht sie später auszubooten, wenn sie nicht aufpassen).

Spekulation oder Vision, egal! Wer hindert **Evonik** daran, der Orts- oder Verbandsgemeinde ein Angebot zur Beteiligung an dem Projekt zu offerieren. Damit wird einem gewichtigen Argument, die Gemeinde hat gar nichts davon, die Luft aus den Segeln genommen. Dann fließen eben ein paar Euronen, es könnten auch vielleicht ein paar hunderttausend im Jahr sein, an die Beteiligten.

Gewinnverteilung ist steuerbar, das ist nicht das Problem. Und gibt es ein gemeinsames Unternehmen, dann gibt es auch eine mehr oder weniger paritätische Besetzung der Kontrollgremien. Das sind in der Regel die beliebten Abschiebeplätze für verdiente Parteigenossen, denn sie werden vergütet.

Ob der in Aussicht stehenden Einnahmen kann auch der Ortsgemeinderat über seine grundsätzlichen Bedenken hinwegsehen, denn er hat nur das Wohl der Gemeinde im Auge. Und was können wir dann alles für Kindergärten, Vereine, Senioren und und und tun! Die Euronen blitzen schon in den Augen, ich seh´s vor mir. Nichts´s als ortspolitische Kurzsicht und Eitelkeit, die den Blick für Wesentliches verstellen.

Und im Hintergrund fallen natürlich die gewichtigen Kontrollfunktionen an, die besetzt werden müssen. Das Geschacher wird alsbald losgehen.

Vision – objektiv betrachtet

Die Redaktion des „Gänsefuß“ ist nicht grundsätzlich gegen die Ansiedlung eines Geothermiekraftwerks. Trotz vieler Hinweise auf möglicherweise überspitzt dramatisierte Auswirkungen der Klima-veränderung und deren Ursachen ist die Geothermie eine technisch anspruchsvolle und ökonomisch höchst interessante Herausforderung für die Zukunft.

Die Politik in Bund und Land hat dies ebenso bewertet und steht der Förderung regenerativer Energien mit umfangreichen finanziellen Hilfen bei.

Das kann man nicht außer Betracht lassen. Ein nicht neuer, aber öffentlich in Steinweiler nicht diskutierter Ansatz wäre, wenn die Ortsgemeinde sich in nicht nur untergeordneter Weise an einem solchen Projekt beteiligen würde. Vorteil eines solchen Engagements wäre, daß man maßgeblich auch die Betriebsführung einschließlich aller Verbindungen zur Umwelt – das sind auch die Bürger – mit gestalten könnte.

Man muß dies nur professionell angehen und nicht glauben, eine solche weitreichende Entscheidung könnte durch Hinterstübchenpolitik abschließend beurteilt und umgesetzt werden. Nein, nur an maßgeblicher Stelle innerhalb eines Gemeinschaftsunternehmens hat man auch Kontrolle und Einfluß auf die Belange der Bürger. Widersteht der satanischen Versuchung, über Pöstchengeschacher das Wesentliche aus dem Auge zu verlieren.